

## **Antrag**

**der Abgeordneten Marco Schulz, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,  
Krzysztof Walczak, Olga Petersen und Thomas Reich (AfD)**

**Betr.: Helmut Schmidts Erbe bewahren – Soldaten der HSU sind Teil der  
Hamburger Gesellschaft und wollen nicht isoliert werden!**

Ob NDR, „Hamburger Abendblatt“ oder „Hamburger Morgenpost“ – mittlerweile haben die Umwandlungspläne der Helmut-Schmidt-Universität (HSU) in einen militärischen Sicherheitsbereich auch die hanseatische Öffentlichkeit erreicht. Fokussiert sich die Berichterstattung dabei im Schwerpunkt auf den baldigen „Pfortner mit Schusswaffen“, hätte der aktuell avisierte Plan noch viel weitreichendere Folgen für die Betroffenen. Doch wer ist das? In erster Linie sind das die an der HSU stationierten Soldaten. Diese sind keine temporären Gäste, sondern mit großer Mehrheit hier gemeldete Hamburger Bürger. Sie tragen somit durch ihre Steuern zum hanseatischen Wohlstand bei, engagieren sich in Vereinen und der Gesellschaft oder unterstützen die Stadt, seit 2020 anhaltend, im Rahmen der Amtshilfe bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie.

Die Gründe, warum also auch wir als Landesparlament uns für ihre Belange, die Belange von Bundesbeamten, einzusetzen haben, liegen folglich auf der Hand. Besonders da es für die betroffene Gruppe in Teilen schwierig ist, ihren diesbezüglichen Willen zu kommunizieren. Bereits im Frühjahr 2020, als zivile Vertreter der HSU eine Unterschriftenaktion gegen die Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs initiierten, wurde seitens der militärischen Führung Unsicherheit bezüglich der Teilnahme an dieser geschürt. Es wurde dabei auf das Prinzip der Zurückhaltung im und außerhalb des Dienstes bezüglich der eigenen Meinungsäußerung gemäß § 10 des Soldatengesetzes verwiesen.

Die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung offenbart dabei auf erheiternde Art und Weise die Realitätsferne dortiger Kräfte:

„Die Einrichtungen der Bundeswehr sind immer wieder vielfältigen Bedrohungen sicherheitsgefährdender Kräfte ausgesetzt und bedürfen daher auch besonderer Aufmerksamkeit und Berücksichtigung zum Schutz der Rechtsgüter.“

Hamburg ist gemäß der Statistik tatsächlich ein Brennpunkt linksextremistischer Gewalttaten, doch gab es zugleich in den vergangenen Jahrzehnten keinen einzigen nennenswerten Vorfall diesbezüglicher oder anderweitiger Natur, der als sicherheitsgefährdend für das zivile Personal oder die Soldaten der Helmut-Schmidt-Universität zu klassifizieren wäre.

Als ehemaliger Angehöriger der HSU weiß unserer Abgeordneter Marco Schulz, dass die Umwandlungsbestrebungen der Universität in einen militärischen Sicherheitsbereich primär auf den langjährigen Wunsch weniger Führungskräfte der HSU zurückzuführen sind. Sie spiegeln in keiner Weise den Mehrheitswillen der soldatischen Angehörigen wider. Da nützt es auch nichts, wie im NDR zu sehen, eine Vertreterin des Studentischen Konvents zur Relativierung des vermeintlichen Berliner Vorhabens vor die Kamera treten zu lassen; ein AStA-Ersatz, welcher nicht selten mit lediglich 15-prozentiger Wahlbeteiligung pflichtgewählt wird, und, bestehend aus aktiven Soldaten und folglich dem Soldatengesetz verpflichtet, ebenfalls dem Prinzip der Zurückhal-

tung unterliegt. Denn wie es mit der eigenen militärischen Karriere bei Kritik gegenüber der oberen Führung weitergeht, haben die Soldaten spätestens durch Absetzung des ehemaligen Kommandeurs des Ausbildungskommandos des Heeres, Generalmajor a. D. Walter Spindler, gelernt.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

1. Der Senat wird aufgefordert, sich in Gesprächen mit der militärischen Führung der Helmut-Schmidt-Universität und dem Bundesministerium der Verteidigung für den Erhalt der Liegenschaft als einen, für die Öffentlichkeit zugänglichen, militärischen Bereich einzusetzen.